



#AufbruchJetzt!

Wir brauchen eine Agenda für Familienunternehmen –
zehn Vorschläge für einen grundlegenden Kurswechsel





1. **Ins Zentrum der Politik muss rücken:
Wie steigern wir die Leistung? 3**
2. **Mehr Berechenbarkeit in der Wirtschaftspolitik –
bessere Planbarkeit für die Unternehmen 3**
3. **Konsistente Standortpolitik – mit wirtschaftspolitischen
Instrumenten den ländlichen Raum stärken 4**
4. **Staatliche Bevormundung beenden, Berichts- und
Dokumentationspflichten abbauen 4**
5. **Beschäftigte und Unternehmen entlasten –
Sozialversicherungskosten eindämmen 6**
6. **Energie wieder bezahlbar machen: Stromkosten dämpfen..... 6**
7. **Unternehmen im internationalen Wettbewerb den Rücken
stärken: Entlastungen in der Besteuerung 6**
8. **Arbeitsanreize erhöhen, Fachkräfte motivieren 7**
9. **Europäische Regulierung –
Deutschlands Einfluss stärker geltend machen 8**
10. **Für einen starken Außenhandel:
fokussierte Handelsabkommen statt Strafzölle 8**



Deutschland ist Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum unter den Industrienationen. Ohne spürbares Wachstum werden Verteilungskonflikte zunehmen. Die Studien der Stiftung Familienunternehmen zeigen, dass drei Viertel der großen Familienunternehmen in den nächsten Jahren weniger im Inland investieren. Viele Familienunternehmen wachsen nur noch im Ausland. Die Anzeichen für eine Deindustrialisierung verstärken sich. Nach wie vor hat Deutschland eine starke wirtschaftliche Basis, die es zu halten und auszubauen gilt. Dafür benötigen wir eine grundlegende Wende in der Wirtschaftspolitik mit weniger Subventionen für die Großindustrie und wettbewerbsfähigen Bedingungen für alle Unternehmen. 90 Prozent der Unternehmen in Deutschland sind Familienunternehmen. Sie stellen 60 Prozent aller Arbeitsplätze und erwirtschaften 55 Prozent des Gesamtumsatzes. Für den wirtschaftspolitischen Aufbruch ist eine Agenda für Familienunternehmen notwendig. Dafür machen wir Vorschläge.

1. Ins Zentrum der Politik muss rücken: Wie steigern wir die Leistung?

Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren zu sehr auf Errungenschaften der Vergangenheit ausgeruht. Ein wirtschaftlicher Neuanfang kann nur mit einem Stimmungswechsel gelingen. Wir benötigen ein neues Mindset. Dazu gehört die Anerkennung für die vielen Menschen, die den Karren ziehen. Das sind etwa die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Unternehmerinnen und Unternehmer, die unser Land mit Fleiß, Innovationsfreude und Risikobereitschaft voranbringen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Leistung und unternehmerische Verantwortung schlechtgeredet und mit staatlicher Kontrollwut überzogen werden. Die nächste Bundesregierung sollte ihre Politik so anlegen, dass Mut und Leistungsbereitschaft honoriert werden. Das sind die Schlüssel zum ökonomischen Erfolg.

2. Mehr Berechenbarkeit in der Wirtschaftspolitik – bessere Planbarkeit für die Unternehmen

Die neue Bundesregierung muss der vielfältigen Unternehmenslandschaft in Deutschland besser gerecht werden. Wir haben eine einzigartige Vielfalt an Unternehmen in Deutschland: Selbstständige, Handwerker, kleine und große Familienunternehmen sowie die Dax-Konzerne. Die bisherige Politik, die auf Subventionen für Großkonzerne setzt, ist krachend gescheitert. Stattdessen gilt es, auch die international starken Familienunternehmen an ihren heimischen Standorten durch wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen zu stärken. Statt übereilter, interessengeleiteter und anlassgetriebener Gesetzgebung muss Standortpolitik endlich wieder auf einer langfristigen Strategie basieren und mit klarem Fokus auf die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten zehn bis 20 Jahre betrieben werden. Es kommt auf Verlässlichkeit und Planbarkeit an.



- Beispiel: Familienunternehmen benötigen für Investitionsentscheidungen schnell Klarheit, wie in der Energiepolitik Versorgungssicherheit gewährleistet wird. Bisher fehlt eine Kraftwerkstrategie, die verlässlich zeigt, wie die Versorgung mit erneuerbarer Energie durch den Bau neuer Gaskraftwerke abgesichert wird. Nur wenn die Bedingungen klar definiert sind, können Unternehmen langfristig planen.

3. Konsistente Standortpolitik – mit wirtschaftspolitischen Instrumenten den ländlichen Raum stärken

Die Unternehmenslandschaft in ganz Deutschland ist nach wie vor überwiegend durch kleine, mittlere und große Familienunternehmen geprägt. Neben den urbanen Zentren findet Unternehmertum vor allem in ländlichen Räumen statt. Es sind meist Familienunternehmen, die in ihren Regionen für Wertschöpfung sorgen, sichere Arbeitsplätze schaffen, sich auch in Krisen resilient zeigen und über Generationen erhebliche Steuereinnahmen erwirtschaften. Sie sind über Jahrzehnte gewachsen und eng vernetzt mit Bildungseinrichtungen, Zulieferern, Handwerkern, Dienstleistern und sozialen Institutionen vor Ort. So tragen sie maßgeblich zu gesamtgesellschaftlicher Stabilität in den Regionen bei. Deshalb ist gute Wirtschaftspolitik für den ländlichen Raum so wichtig.

- Damit sie auch künftig die wirtschaftlichen Kraftzentren vor Ort sein können, brauchen Familienunternehmen auf europäischer und nationaler Ebene wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen, Standards für eine serviceorientierte Verwaltung und beschleunigte Genehmigungsverfahren.

4. Staatliche Bevormundung beenden, Berichts- und Dokumentationspflichten abbauen

Eine neue Bundesregierung muss der heimischen Wirtschaft dringend mehr Freiräume und Entfaltungsmöglichkeiten geben. Unnötige Bürokratie muss konsequent eingedämmt werden. Der Bürokratieabbau muss als Chefsache zurück ins Bundeskanzleramt. Anstelle des staatlichen Kontrollwahns sollte die Eigenverantwortung der Unternehmen stehen. Wir müssen weg von der Symptombehandlung und hin zu strukturierten Maßnahmen, um das Problem der administrativen Überlastung der Wirtschaft an der Wurzel zu packen. Mit den folgenden Maßnahmen wird der Einstieg in einen Entlastungsprozess gelingen. Ziel sollte der Abbau von zehn Milliarden Euro bürokratischer Belastungen sein, um zumindest den Mehraufwand, der durch die Ampel-Koalition geschaffen wurde, in einem ersten Schritt wieder abzubauen.



- Neue Gesetze dürfen – mit Hilfe eines Bürokratiefilters – nur noch bürokratiearm eingeführt werden. Ergänzend zu den bereits praktizierten Praxis-Checks wird mit dem Filter erstmals ein inhaltlicher Ansatz praktiziert, um den Aufbau unnötiger Bürokratie von vornherein zu vermeiden. Den Vorschlag für einen neuartigen Bürokratiefilter wird die Stiftung Familienunternehmen in Kürze vorstellen. Wir regen die Einführung einer Obergrenze für Bürokratiebelastungen an. Ob in der Umwelt- oder in der Verkehrspolitik – überall gibt es Grenzwerte. Warum nicht bei der Bürokratiebelastung? Es sollte ein Höchstmaß verbindlich eingeführt werden. Der Grenzwert darf bei maximal zwei Prozent des Umsatzes eines Unternehmens liegen. Dieser Wert ist längst überschritten und liegt nach unseren Schätzungen bei mindestens vier Prozent vom Umsatz.
- Wir brauchen eine realistischere Ermittlung des mit Gesetzgebung verbundenen Erfüllungsaufwands. Dazu müssen Unternehmen ex ante in die Erhebungen einbezogen werden.
- Für ein europäisches Level Playing Field und für mehr Planungssicherheit muss das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz zügig außer Kraft gesetzt werden. Der Gesetzgeber muss die Verhältnismäßigkeit seiner Regulierung kritisch prüfen: Ein großes deutsches Familienunternehmen hat alle seine 20.000 weltweiten Lieferanten nach dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz geprüft. Aufwand: zehn Mitarbeiter wurden neu eingestellt, Kosten mit IT: zwei Millionen Euro. Bei der Überprüfung ist aber kein einziger Lieferant herausgefallen, weil das Unternehmen schon seit Langem die UN-Nachhaltigkeitsziele beachtet. Die Inflation an Berichtspflichten schießt über das Ziel hinaus. Der Gesetzgeber sollte anerkennen, dass die große Mehrzahl der Familienunternehmen ihrer Verantwortung gerecht wird.
- Auf EU-Ebene muss die Bundesregierung kurzfristig durchsetzen, dass die belastende Lieferkettenregulierung (CSDDD) durch ein „Ampel-System“ vereinfacht wird: Gesetzliche Sorgfaltspflichten in der globalen Lieferkette sollen primär bei hohen Risiken in Drittstaaten greifen (rote Ampel). Für EU-Länder und weitere Industrieländer sollte auf Nachweispflichten gänzlich verzichtet werden (grüne Ampel).
- Eine mögliche Novelle der europäischen Chemikalienverordnung REACH darf zu keiner weiteren Bürokratiebelastung für Unternehmen führen. Bei einer Regulierung der Stoffgruppe PFAS müssen wirtschaftliche Belange umfassend berücksichtigt werden. Pauschalverbote helfen hier nicht weiter.



- Die EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) muss radikal zurückgeschraubt werden. Die mehr als 1.000 Berichtspunkte können um mindestens zwei Drittel reduziert werden. Schließlich übersteigt der Umfang der administrativen Belastung der Unternehmen durch die Richtlinie die anfänglichen Erwartungen der EU-Kommission um ein Vielfaches. Das Ziel muss eine schlanke und praktikable Regelung sein. Die Bundesregierung muss sich auf EU-Ebene mit Nachdruck für eine Reduzierung der Berichtspflichten einsetzen. Auf branchenspezifische Standards muss unbedingt verzichtet werden.
- Wir fordern ein umfassendes Reparaturgesetz auf EU-Ebene, mit denen die überbordenden Regelungen beim Thema Nachhaltigkeit, Taxonomie und Lieferkettenrichtlinie zurückgeschraubt werden. Hier ist Eile geboten, damit nicht weiterhin Ressourcen und Kapital in überflüssiger Bürokratie verschwendet werden.

5. Beschäftigte und Unternehmen entlasten – Sozialversicherungskosten eindämmen

Die Sozialbeiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber steigen ungebremst und sind zu einer schweren Bürde für private Investitionen geworden. Sie schwächen den Standort. Eine solide Finanzierung der Sozialsysteme liegt im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

- Die Bundesregierung muss sich an den Zielen früherer Regierungen orientieren und eine Lohnnebenkosten-Bremse von 40 Prozent einziehen, um Beschäftigte und Unternehmen gleichermaßen zu entlasten. Derzeit laufen wir auf 42 Prozent vom Bruttoentgelt zu. Wenn nicht gegengesteuert wird, landen wir 2035 bei gut 50 Prozent. Die galoppierenden Lohnnebenkosten entwickeln sich zur Beschäftigungsbremse.

6. Energie wieder bezahlbar machen: Stromkosten dämpfen

Deutsche Unternehmen werden von den immensen Energiekosten nahezu erdrückt. Allein für den größten Kostentreiber, die Netzentgelte für Strom, zahlen die Unternehmen in Deutschland mehr als in anderen Ländern für den gesamten Strompreis. In Deutschland ist der Strompreis ungefähr doppelt so teuer wie in den USA und er liegt höher als etwa in China, Kanada, Frankreich oder Polen.

- Wir brauchen dringend eine Strategie, um den Kostenanstieg bei den Netzkosten rückgängig zu machen und auf niedrigerer Basis zu stabilisieren.
- Durch eine Entfristung der massiven Stromsteuersenkung für alle Unternehmen des produzierenden Gewerbes sowie der Land- und Forstwirtschaft und die Verlängerung der Strompreiskompensation bis 2030 sollten weiterhin viele Unternehmen beim Strompreis entlastet werden.



- Die Energiepreise werden wegen steigender CO₂-Preise und Limitierungen des europäischen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus teurer. Dies führt gegenüber außereuropäischen Wettbewerbern für die Familienunternehmen zu erheblichen Nachteilen, die am Standort Deutschland produzieren. Wir benötigen eine Strategie, wie der Standort wettbewerbsfähig bleibt.

7. Unternehmen im internationalen Wettbewerb den Rücken stärken: Entlastungen in der Besteuerung

Deutschland ist für Familienunternehmen Höchststeuerland. Die Unternehmen brauchen dringend Erleichterungen am Steuerstandort Deutschland: Dazu zählen die Verbesserung und Verstetigung der Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen, ein betragsmäßig unbegrenzter Verlustrücktrag und die Abschaffung der Mindestbesteuerung bei der Nutzung von Verlustvorträgen. Die Unternehmenssteuer liegt in Deutschland (für Kapitalgesellschaften) bei rund 30 Prozent. Der OECD-Durchschnitt liegt bei 23 Prozent, der EU-Durchschnitt noch darunter.

- Kurzfristig muss die Körperschaftsteuer auf ein international wettbewerbsfähiges Maß gesenkt und der Solidaritätszuschlag abgeschafft werden.
- Den Unternehmen dürfen keine zusätzlichen Substanzsteuerbelastungen, etwa durch Erbschaft- oder Vermögensteuern, auferlegt werden.
- Damit sich Unternehmerinnen und Unternehmer im Rahmen der europäischen Grundfreiheiten ohne steuerliche Hindernisse frei innerhalb Europas bewegen können, muss der Irrweg der Wegzugsbesteuerung beendet werden.
- Arbeitnehmer brauchen über den gesamten Einkommensteuertarif hinweg mehr Netto vom Brutto. Der Einkommensteuertarif muss abgeflacht und nach rechts verschoben werden.

8. Arbeitsanreize erhöhen, Fachkräfte motivieren

Wir müssen in Deutschland als Gesellschaft mehr arbeiten. In der Schweiz leistet ein Beschäftigter im Jahr 200 Arbeitsstunden mehr als bei uns. Wir haben die kürzesten Arbeitszeiten, die längsten Ferien, die meisten Feiertage und den höchsten Krankenstand. Alle Anstrengungen müssen darauf ausgelegt sein, das volkswirtschaftliche Arbeitsvolumen zu erhöhen. Um die dringend erforderlichen Fach- und Arbeitskräfte für Unternehmen am Standort Deutschland zu gewinnen, müssen wirksame Erwerbsanreize geschaffen werden: Erforderlich sind vor allem regulatorische Anreize, um Arbeitskräftepotenziale durch die Erhöhung der individuellen Arbeitszeit zu realisieren.



- Dazu müssen Wege aus der Teilzeit und aus der Phase der Familienbetreuung hin zu mehr Erwerbstätigkeit geebnet werden, um gerade Frauen weiter für den Arbeitsmarkt zu gewinnen – hier besteht mit das größte Arbeitskräftepotential. Das Arbeitszeitgesetz sollte flexibilisiert werden, um den heutigen Bedürfnissen von Arbeitnehmern und Unternehmen gerecht zu werden.
- Auch müssen Qualifizierungsmaßnahmen attraktiver ausgestaltet werden, um die Erwerbsbeteiligung von Menschen mit geringer Qualifikation erkennbar zu erhöhen.
- Ebenso sollten die Möglichkeiten für Arbeiten jenseits des Rentenalters ausgebaut werden, etwa indem befristete Beschäftigungsverhältnisse für diese auch für längere Zeiträume ermöglicht werden, als das Teilzeit- und Befristungsgesetz sie bisher vorsieht. Die Rente für langjährige Versicherte sollte auf besonders belastete Berufe begrenzt werden.
- Zugleich brauchen wir mehr Möglichkeiten und Anreize für längeres Arbeiten. So sollte es für Arbeitnehmer durch eine Reduzierung der Abgabenlast attraktiver werden, Überstunden zu leisten. Damit sich Arbeiten im Rentenalter auch finanziell besser lohnt, sind steuerliche Anreize erforderlich.
- Die missbräuchliche Nutzung von Krankschreibungen sollte eingeschränkt werden, indem die telefonische Krankschreibung abgeschafft wird.

9. Europäische Regulierung – Deutschlands Einfluss stärker geltend machen

Seit Jahren kommen wesentliche wirtschaftspolitische Weichenstellungen von der EU-Ebene. Die Erfahrung zeigt, dass sich die deutsche Politik hier oft zu spät einbringt und letztlich nur wenig Einfluss auf Richtlinien und Verordnungen aus Brüssel hat.

Deutschland muss auf europäischer Ebene endlich wieder die Stimme der wirtschaftlichen Vernunft erheben. Die nächste Bundesregierung muss sich früher und ambitionierter in die Gesetzgebungsverfahren der Europäischen Union einbringen, die Interessen der deutschen Wirtschaft dabei entschlossener artikulieren und unverhältnismäßige Belastungen der Unternehmen unterbinden. Die Franzosen haben bei der Lieferkettenrichtlinie in Brüssel vorgemacht, wie geschicktes Verhandeln aussieht.



10. Für einen starken Außenhandel: fokussierte Handelsabkommen statt Strafzölle

Beschränkungen im internationalen Handel schaden der Exportnation Deutschland in besonderem Maße. Dies erleben wir bereits mit Blick auf Strafzölle im Handel zwischen der Europäischen Union und China. Vergleichbares droht absehbar mit den USA. Der Schlagabtausch mit China schwächt die deutsche Automobilindustrie und die breit aufgestellten Zulieferbranchen erheblich.

- Eine neue Bundesregierung muss mit Priorität darauf hinwirken, dass die EU-Kommission die handelspolitische Eskalation im Dialog mit der Regierung Chinas beendet. Dies ist bereits deshalb dringend erforderlich, um ein Übergreifen des Konflikts auf weitere Branchen zu vermeiden. Brüssel muss mit einer Stimme sprechen. Auch gegenüber den USA sollte die EU geschlossen auftreten. Die Familienunternehmen begrüßen, dass sich die EU mit den Mercosur-Staaten auf ein Freihandelsabkommen verständigt hat. Dieses muss in der EU durchgesetzt werden. Partikularinteressen müssen vor dem Gesamtinteresse zurückstehen.
- Wir benötigen mehr politischen Rückenwind zum Abschluss von Freihandelsabkommen. Es ist notwendig, Handelsabkommen stärker auf ihren Kern zu fokussieren: den freien Austausch von Waren und Dienstleistungen sowie ungehinderten Investitionszugang. Freihandelsabkommen dürfen nicht mit gesellschaftspolitischen Zielen überfrachtet werden, die nicht den Kern einer Handelspartnerschaft betreffen. Der Ziel eines transatlantischen Freihandelsabkommens sollte nicht aufgegeben werden.

Ansprechpartner:

Bernhard Stehfest
Leiter Wirtschaftspolitik

Stiftung Familienunternehmen und Politik
Pariser Platz 6a
10117 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 / 226 052 9 11
E-Mail: stehfest@familienunternehmen-politik.de

Januar 2025